

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonntag Morgen und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagenstraße No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumeier, Rud. Woffe; in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler; in Hamburg: Haasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Danziger Zeitung.



Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 6. Mai. Das „Teleg. Correspondenzbureau“ vernimmt aus authentischer Mittheilung, daß in den letzten Tagen eine Note des Cardinal Antonelli von dem päpstlichen Nuntius hier vorgelesen und dem Grafen Beuk auf seinen Wunsch in Abschrift übergeben worden ist. Die Note ist die Antwort auf die erste österreichische Note vom 10. Febr. in der Concilangelegenheit und wurde, unabhängig von anderen Schritten fremder Regierungen, zu der Zeit nach Rom gerichtet, als dort die Canones de ecclesia zur Discussion gelangen sollten. Die Antwortnote des Cardinal Antonelli, in deren Ton sich eine gewisse Gereiztheit bemerklich macht, hält den bisher von der römischen Regierung eingenommenen Standpunkt unverändert fest.

Paris, 6. Mai. In der gestern stattgehabten Versammlung von Deputirten des achten Arrondissements wurde von den Delegirten der Versammlung, welche in der Plebiszitfrage mit Thiers conferirt hatten, die Mittheilung gemacht, daß Thiers mit Entschiedenheit erklärt habe, sich dem Plebiszit gegenüber durchaus reservirt verhalten zu wollen; er sei kein Feind der Regierung, doch könne er ein von ihm gemißbilligtes Prinzip nicht anerkennen. Die zahlreiche Versammlung sprach einstimmig ein Tadelvotum gegen Thiers aus. — Das „Journal officiel“ veröffentlicht eine Depesche aus Algier vom 3. Mai, welcher zufolge zwei glückliche Kämpfe unter General Wimpffen zur Niederwerfung der feindlichen Tribus geführt haben.

Bukarest, 6. Mai. Durch kaiserliches Dekret werden die Kammern bereits zum 23. Mai einberufen. Der Fürst erließ eine Amnestie für alle politischen und Presbvergehen.

12. Sitzung des Zollparlamentes vom 6. Mai.

Schlußberatung über das Gesetz, betreffend die Besteuerung des Zuckers und Syrups aus Stärke. Die Abg. Grumbrecht und v. Hennig erklären, daß sie nicht sowohl gegen die Besteuerung dieses Objectes als gegen die Form der Besteuerung sind. Während man sich bemühe, bei Zucker und Branntwein die Produktionssteuer in die Fabrikationssteuer umzuwandeln, könne man hier nicht wieder eine Produktionssteuer herstellen. Der Bundes-Comm. v. Krosigk: Nach dem Zollvereinsvertrag sollte die Besteuerung des Stärkezuckers nach den für die Rübenzuckersteuer vereinbarten Grundätzen erfolgen. Das ist der Grund für die Wahl dieser Steuerform. Außerdem wäre bei der Fabrikationssteuer die Controle äußerst schwierig. § 1 der Vorlage wird mit sehr großer Majorität abgelehnt, worauf Hr. Camphausen alle weiteren Abstimmungen für überflüssig erklärt. Die Vorlage ist also definitiv abgelehnt.

Es folgt die Schlußberatung über den Zolltarif, für welche eine Reihe von Anträgen vorliegt, die den verbündeten Regierungen Compromisse verschiedener Art anbieten. 1) v. Patow, unterstützt von allen Fractionen mit Ausnahme der Fortschrittspartei und der südd. Fraction, beantragt den Abschluß von den Veränderungen des Zolltarifs (§ 1 II.) durch eine Abstimmung in folgender Gestalt anzunehmen: Die Herabsetzungen des Zolls auf Baum u. Holzgarne fallen weg, der Roheisenzoll wird von 5 auf 2 1/2 %, der Reiszoll von 1 1/2 auf 1/2 % herabgesetzt, der Kaffeezoll, wie die Vorlage es verlangt, von 5 auf 5 1/2 % erhöht. 2) v. Blandenburg mit der Mehrheit macht dasselbe Angebot, nur verzichtet er auf die Herabsetzung des Reiszolles. Dagegen beharrt v. Hoverbeck bei seinem (in der Vorberatung mit 125 gegen 113 St. abgelehnten) Antrage (Roheisenzoll bis zum 30. Sept. 1873 2 1/2 %, von diesem Termine an zollfrei). Der Antragsteller bezeichnet seinen Antrag als ein Amendement des v. Patow'schen zu der betreffenden Nummer. Runge beantragt die Erhöhung des Kaffeezolles in den Compromißanträgen zu streichen. Mohl beantragt die Zollermäßigungen für leinenees Garn, Leinwand und leinene Bänder zu streichen.

Abg. Windthorst erklärt es für unzulässig, über das Ensemble der Patow'schen Anträge en bloc abzustimmen; das Haus würde dadurch den einzelnen Artikeln gegenüber in den Zustand der Unfreiheit versetzt und gebunden. Die Geschäftsordnung schreibe die Abstimmung nach Paragraphen bei jeder Vorlage vor und sei demgemäß auch in der Vorberatung verfahren worden; denn die einzelnen Tarifartikel entsprächen genau den einzelnen Paragraphen einer Vorlage. In demselben Sinne spricht sich der Abg. Mohl aus. Abg. v. Patow: Jedem Mitgliede steht das Recht zu, summarische Anträge zu stellen und über Theilung derselben bei der Abstimmung zu verfügen. Abg. v. Hoverbeck macht v. Patow den Vorwurf, daß sein Antrag eigentlich dahin führe, die Tarifvorlage durch eine einzige Abstimmung zu erledigen, nachdem er sich diejenigen Nummern ausgesucht hat, die ihm am meisten zufügen und am schmachhaftesten erscheinen, um ein Compromiß durchzusetzen, das nicht in Gegenwart des ganzen Hauses, sondern hinter den Coullissen zu Stande gebracht ist. (Widerpruch rechts.) Eine so willkürliche Auswahl unter den Positionen des Tarifs, für deren Annahme im Voraus die Mehrheit des Hauses gesichert sei, müsse man im Interesse der Freiheit der Beratungen bedauern. Graf Schwerin: Wie soll man denn ein Compromiß im Plenum des Hauses zu Stande bringen? Das gegenwärtige ist nicht hinter den Coullissen zu Stande gebracht. Herr v. Hoverbeck und seine Freunde hatten Gelegenheit genug, sich daran zu betheiligen; wenn sie es nicht thaten, so kann man das bedauern, aber man darf es uns nicht verargen, wenn wir ohne sie vorgegangen sind. In dem Antrage ist ein präzisierter Gedanke niedergelegt, über den wir die Abstimmung verlangen und verlangen können. Abg. Miquel: Durch diesen Gesamtantrag wird Niemand in seiner Abstimmung herausgegriffen und vor dem Gesamtantrage zur Abstimmung bringen, wie Hr. v. Hoverbeck selber es gethan hat. Präsident Dr. Simson: Die Theilung des Patow'schen Antrages bei

der Abstimmung kann Hr. Mohl nur verlangen, wenn Herr v. Patow damit einverstanden ist. Zu dem Antrage sind Unteranträge gestellt, über die zunächst abgestimmt werden muß. Dann ist über den Patow'schen Antrag selbst und für den Fall seiner Abstimmung über die einzelnen Nummern der Vorlage abzustimmen. — Das Haus schließt sich dieser Ansicht des Präsidenten an.

Präsident Delbrück: Die verbündeten Regierungen nehmen den Antrag des Hrn. v. Patow, so wie er gestellt ist, als ein unzerrenbares Ganzes ihrerseits an, zunächst von dem Wunsche geleitet, die Tarifreform, welche das Zollparlament jetzt zum dritten Male beschäftigt, zum Abschluß zu bringen. Redner geht nun auf die einzelnen Punkte des Antrags ein, um auszuführen, daß die Regierungen zwar ihre Auffassung, wie sie bei der Vorlage gewesen, nicht aufgegeben haben, sich aber der Mehrheit des Hauses hierin accommodiren wollen. In Betreff der Herabsetzung des Eisenzolles bemerkt er: Ich glaube, daß den Eisenindustriellen selbst, welche diese Ermäßigung an sich durchaus nicht wünschen, mehr daran gelegen sein wird, durch eine Erledigung der Frage, wie sie jetzt vorgeschlagen ist, in Ruhe und Sicherheit zu kommen, als gewiß zu sein, daß die Frage im nächsten Jahre und zwar in größeren Dimensionen wiederkehrt. (Hört links.) Die Unteramendements v. Hoverbeck und Runge bezeichnet Redner als unannehmbar. — Ab. v. Hennig: Die Ermäßigungen und Befreiungen des Zolltarifs sind außerordentlich wichtig, der ganze Handelsstand wünscht deren Einführung, es ist also für Hrn. v. Hoverbeck gar kein Grund vorhanden, so zornig zu sein über einen Versuch, der dies realisiren will. Seine und seiner Freunde Stellung ist überhaupt eine sehr eigenthümliche, sie wollen die Aufhebung des Roheisenzolles, aber wollen nichts dafür bieten. Sie kommen damit in dieselbe Lage wie diejenigen, denen überhaupt daran liegt, daß nichts zu Stande kommt, die Extreme berühren sich. Mir aber kommt es in der That darauf an, daß das Zollparlament nicht wieder auseinandergeht ohne ein Resultat. Bei der Erhöhung des Kaffeezolles handelt es sich um mehr als eine Kleinigkeit und zwar besteuern wir dies Genußmittel, indem wir zugleich die Steuer auf Arbeitsmaterial billiger machen. Das Eisen ist dasjenige Material, womit überhaupt erst etwas erworben werden kann, das den Arbeiter erst in die Lage versetzt, sich überhaupt Genußmittel zu verschaffen, es ist also ein großer Fortschritt, wenn Eisen billiger gemacht wird. So weit, wie der Herr Bundeskommissar geht, kann ich freilich nicht folgen, ich kann auch den Zoll von 2 1/2 % nicht für etwas Bleibendes ansehen, sondern werde immer und immer wieder die vollständige Aufhebung des Eisenzolles beantragen. Aber ich bescheide mich vorläufig mit diesem Compromiß. Wenn Jemand immer nur das durchsetzen wollte, was er für richtig hält, dann kämen gar keine Mehrheitsbeschlüsse zu Stande, denn so viel Meinungen in diesem Parlament sind sich befinden, so viel verschiedene Ansichten giebt es auch.

Abg. Dr. Löwe: Mit diesem Compromisse hat man wirklich den nächsten Griff gethan, der mir in Compromißsachen noch je vorgekommen ist. Die Schutzöllner behalten ihre Garnzölle, die Freihändler bekommen beim Roheisen eine Abschlagszahlung, die Regierung endlich erhält eine erhöhte Einnahme, wenngleich ein wenig beschränkt. Hr. v. Hennig sagt mit seiner gewohnten Schärfe, es handle sich um Eisen oder Kaffee, um Nahrungsmittel oder Arbeitsmaterial. Nahrungsmittel heißt menschliche Kraft, heißt Muskel und Nerven, heißt Arbeitskraft. Und je höher die menschliche Kraft gesteigert wird, um so mehr übertrag sie auch das vollendetste und billigste Werkzeug. Eisen steht sehr hoch aber doch erst unmittelbar nach den Nahrungsmitteln. Hr. v. Hennig hat ferner mit seiner gewohnten Schärfe gesagt, es handle sich im Grunde doch nur um eine Kleinigkeit. Und doch weiß er so genau als irgend Jemand in diesem Hause, daß man in volkwirtschaftlichen Dingen von Kleinigkeiten gar nicht sprechen darf. Gerade durch diese Kleinigkeit wird diejenige Schicht der Bevölkerung, die bisher die äußerste Grenze Derjenigen bildete, die an diesem Genuße Theil nehmen, fortan davon ausgeschlossen. Auf einen Einwand, den ich in der Vorberatung erhob, ist mir gar nicht geantwortet worden, den nämlich, daß diese Kaffeesteuer nicht bloß die einzelnen Klassen der Bevölkerung, sondern auch die einzelnen Provinzen ganz verschieden trifft, die nördlichen mehr als die südlichen. Ich führte damals z. B. an, daß Sachsen fast viermal so viel Kaffee consumirt als Bayern, Gesamtpreußen dreimal so viel. Eine Consumsteuer aber, welche die Bevölkerung nicht gleichmäßig trifft, entbehrt gerade des einzigen Vorzugs, den Consumsteuern überhaupt haben. Der einzige Grund für den Compromiß ist der, daß etwas zu Stande gebracht werden müsse. Ich möchte auch etwas zu Stande bringen, aber das darf doch nur etwas Gutes sein, nicht etwas Beliebiges. Ich kann in diesem Compromiß etwas Gutes nicht erkennen, in diesem Compromiß, dessen Ründigung schon in dem Augenblicke ausgesprochen wird, indem man es schließt. — Bundes-Comm. v. Weber (Bayern) bestritt, daß Sachsen 4 Mal soviel Kaffee verzehre als Bayern. — Abg. v. Blandenburg: Ihm und seinen Freunden sei es sehr schwer geworden, auf den Compromiß einzugehen. Aber die Aufgabe, den Compromiß zu Stande zu bringen, war eine viel größere, als daß Jeder bei seiner Meinung verharren konnte, in einer Sache, wo es sich darum handelte, durch Annahme ein Werk zu Stande zu bringen, an dem schon seit drei Jahren gearbeitet wird. Dieser Einsicht haben wir theilweise unsere Ueberzeugung zum Opfer gebracht. Wir haben auf allen Seiten des Hauses schwere Opfer gebracht, ich schlage das nicht gering an, und auch unsere Feinde sollten es nicht gering anschlagen. Der heutige Beschluß wird als ein gutes Omen für Deutschland angesehen werden. Redner verliest eine Stelle aus dem „Bayerischen Vaterland“ und spricht die Hoffnung aus, daß wenn der Feind an der

Grenze erscheinen sollte, jeder rechte deutsche Mann auf seinem Posten sein werde, um solche verabscheuungswürdige Neuerungen mit Berachtung zu strafen. (Bravo.)

— Abg. Schweiger: Nachdem die Majorität hinter dem Rücken der Minorität mit der Regierung Alles abgemacht hat, halte ich es meinen Wählern gegenüber für meine Pflicht, zu constatiren, daß alle weiteren Verhandlungen nur eine leere Formalität sind. Ich verzichte daher auf weitere Ausführungen. — Abg. Böhl: Man hat den Compromiß einen kühnen Griff genannt und seine Urheber als kühne Leute hingestellt. Ich gehöre mit zu ihnen und bin stolz darauf dazu beizutragen, daß der Frieden hergestellt und das Parlament auf dem Wege weiter geführt wird, den es gehen muß, wenn sein Ansehen nicht weiter geschwächt werden soll. Die Belassung der Baumwollengarnzölle wird für den Süden eine Beruhigung sein. Das Gefühl des Mißbehagens im Süden, speziell in Schwaben, soll durch dies Parlament nicht verbreitet werden — das ist ein politisches Interesse. Es muß uns daran liegen, Diejenigen zu Schanden zu machen, die es darauf abgesehen haben, zu zeigen, daß im Zollparlament nur eine gesetzgeberische Impotenz liege. (Sehr richtig!) Es giebt solche Leute, welche heute und morgen und dieser Tage die Probe führen wollen und ich muß bedauern, daß Freunde von dieser Seite (links) in der Gesellschaft derer sind, wo diese Probe geführt werden soll. Wenn ich einen Weg sehe, der ein bestimmtes Ziel verfolgt, und sehr rechts und links vor mir Leute gehen, von denen ich weiß, daß sie anders wohin wollen als ich, und wenn sie mir ein Stück weit zur Seite gehen, so halte ich es für rathsam, stehen zu bleiben und nochmals zu sehen, ob ich auf dem rechten Wege bin, weil ich in der Gesellschaft gehe. Ich rathe Ihnen, bleiben Sie etwas stehen, und sehen Sie sich noch einmal um, ob Sie in der Gesellschaft recht gehen. (Beifall von verschiedenen Seiten, während die Fortschrittspartei ein ironisches „sehr richtig“ ruft und dem Redner die ertheilte Warnung lebhaft zurückgiebt.) Helfen Sie nicht den Feinden, sondern helfen sie Steine zur Ueberbrückung des Rheins herbeitragen; die heutige Ueberkunft soll ein solcher Stein sein. (Beifall.) Was die finanziellen Interessen betrifft, so haben wir in Bayern durchaus keinen Grund, zu wünschen, daß wir aus der Zollkasse möglichst wenig Geld bekommen. Je mehr wir bekommen, desto weniger Steuern brauchen wir zu bewilligen und das ist sehr angenehm, wir haben so schon genug. (Heiterkeit.) Nun mag in andern Staaten ein gewisses finanzielles Interesse vorhanden und berechtigt sein, der Regierung kein Geld zu geben, aber auch das ist ein partikuläres Interesse, nur läßt es sich etwas eher hören, als die partikulären Interessen der baumwollenen, eisernen und anderen Interessenten. Dies Motiv muß aber in der Vertretung des betreffenden Landes seine Erledigung finden. (Sehr richtig!) Nehmen Sie keine Rücksicht auf das, was Hr. v. Blandenburg vorhin verlesen hat. Eigentlich sollte ich darauf antworten, da es sich um ein bayerisches Blatt handelt. Ich möchte es mir dazu von Herrn v. B. erbitten, aber ich kann es nicht in die Hand nehmen; bei uns nimmt man das Blatt nicht ohne Handschuhe in die Hand. (Heiterkeit.) Sehen Sie bei dem Gelingen unserer Arbeit die Befestigung des Vertrauens nicht bloß in industrieller Beziehung, sehen Sie hierin auch die Befestigung und Stärkung des Antrags, von dem Fürst zu Hohenlohe gesprochen hat, so wird auch in nationaler Beziehung das Vertrauen zurückkehren, und ist dies geschehen, hat man das Vertrauen, daß wir friedlich in den uns nöthigen nationalen Staat hinüberschiffen, dann hat es gute Wege, dann ist der Kaffeetopf des armen Mannes besser gestellt, als wenn es sich darum handelt, einige Pfennige mehr oder weniger per Jahr auf den Kaffeezoll zu schlagen. Sorgen Sie durch Ihr Vertrauen dafür, daß wir dem Hasen, in welchen wir einschiffen wollen, dem nationalen Staat, einen Schritt näher treten. (Leb. Bravo.)

Sämmtliche 51 Zollbefreiungen werden definitiv genehmigt. Die Spezialberatung über die Abänderungen des Tarifs leitet v. Patow unter großer Unruhe des Hauses durch die Motivirung seines Antrages ein, worauf sofort ein Schlufantrag des Abg. Schweiger mit großer Majorität angenommen wird. Bei der Abstimmung werden zunächst die Anträge v. Hoverbeck, betreffend die Eisenzölle, und Mohls, betreffend die Leinengarne und Gewebe, mit sehr großer Majorität abgelehnt; ebenso wird der Antrag Runge-Hoverbeck, betreffend die Streichung der Erhöhung des Kaffeezolles auf 5 1/2 % 25 St. in namentlicher Abstimmung mit 183 gegen 91 St. verworfen. Für den Antrag, d. h. gegen die Erhöhung des Kaffeezolles stimmen die Mitglieder der Fortschrittspartei, der südd. und der bundesst.-const. Fraction (v. Mallinckrodt, Windthorst, v. Sehmen), ferner Frische, Schweiger und Lang (nat.-lib). Abg. Krüger enthält sich der Abstimmung. — Hierauf wird der Antrag v. Patow's im Ganzen mit 186 gegen 84 St. angenommen. (Das Stimmverhältniß ist dasselbe wie bei der Abstimmung über den Kaffeezoll. Für den Compromiß stimmt die gesammte nat.-lib. Partei mit Ausnahme des Abg. Lang.) Alle übrigen Nummern des Tarifs werden nach den Beschlüssen der Vorberatung unverändert genehmigt. — Petitionen, betr. die Aufhebung oder Reduktion des Zolls auf gestochene italienische Strohhüte und des Zolls auf Soda werden dem Bundesrathe zur Berücksichtigung überwiesen. Nächste Sitzung Sonnabend.

17 Berlin, 6. Mai. Die Nachricht von dem Zustandekommen der Tarifreform wird Fernstehende nicht wenig überrascht haben. Nachdem die erste Lesung ein Resultat nicht ergeben, traten alle verschiedenen Fractionen des Parlamentes in Berathung, ob nicht noch ein Einigungspunkt aufzufinden sei. In der Freihandelspartei war man einig darüber, daß ohne Herabsetzung des Roheisenzolles eine Reform abzulehnen sei, und von Abgeordneten der Provinz Preußen

